

Jugend der Besatzungsgeschädigten in Ostwestfalen, 15.4.1953  
von Ostwestfalen-Lippe

Einschreiben

Herrn  
Bundeskanzler Dr. Adenauer  
- persönlich -

Bonn/Rh.

"Jugend kämpft für Freiheit, Recht und Elternhaus."

Betr.: Unsere seit 8 Jahren beschlagnahmten Elternhäuser.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

In vorstehender Angelegenheit wenden wir uns an Sie mit der ernstesten Frage, ob für rd. 3,5 Millionen Besatzungsgeschädigte nach wie vor die Grundrechte keine Anwendung finden sollen, und mit welcher Begründung dieses Unrecht auch im Generalvertrag noch von Ihnen legalisiert wurde?

Wir Jungen und Mädels, Träger eines neuen deutschen Staates haben von der Demokratie und fortschrittlicher Anwendung demokratischer Grundgesetze eine andere Vorstellung. Uns erinnern diese Methoden gewaltsamer Fortnahme unserer Elternhäuser durch die Besatzungsmacht und Aufrechterhaltung der Beschlagnahmen trotz angeblicher "gleichberechtigter Partnerschaft" sehr stark an die nazistische Diktatur.

Die Einstellung der "christlich-demokratischen" Bundesregierung zu dem Unrecht der Beschlagnahme können wir nur als "einer deutschen Regierung unwürdig" bezeichnen!

Wir ~~kennen~~ ~~haben~~, die wehrfähige Jugend der Besatzungsgeschädigten, lehnen es ab, einen Wehrbeitrag zu leisten; denn wir haben nichts zu verteidigen, solange uns unser Ideal - unser Elternhaus genommen ist!

Den 2. Weltkrieg hat das g e s a m t e deutsche Volk verloren und nicht allein die Besatzungsgeschädigten, Ausgebombten und Flüchtlinge! Entsprechend dieser unumstößlichen Tatsache sind auch die Kriegsfolgelasten gleichmäßig vom ganzen Volke zu tragen!

Von Regierungssseite kann man sich offenbar keine Vorstellung davon machen, was es heißt, den in mühevoller Arbeit erworbenen Besitz durch britische Familien zweifelhaften Standes und sonstige Ausländer ruiniert zu sehen.

Es ist bis heute nicht bekannt geworden, daß/ auch nur ein Versuch unternommen wurde, das auf die Kolonien zugeschnittene und für einen "gleichberechtigten Partner" unwürdige britische Wohnraumreglement von 1938 zu stürzen. Auch trotz des sich seit Monaten ins Chaotische steigenden Flüchtlingsstromes nach Westdeutschland beharren die Briten auf ihrer Wohnraumanforderung gem. dieses Wohnraumreglements und halten dementsprechend kleine Einfamilienhäuser sowie 6-7-Zimmerwohnungen mit kinderlosen Ehepaaren oder Kleinfamilien (2-4 Personen) belegt, während deutsche Menschen wie Vieh in Fabrikhallen, Scheunen und sonstigen Notunterkünften hausen müssen. Jeglicher Appell auf örtlicher Basis an britische Hilfsbereitschaft, Verständigungswillen und Menschlichkeit ist an der eisigen Abwehr aller Besatzungsdienststellen gescheitert!  
Das ist die britischer Auffassung von deutscher Gleichberechtigung!

Unwürdige Zustände in Ostdeutschland werden schärfstens von der Bundes-

regierung verurteilt doch in Westdeutschland von der gleichen christlich-demokratischen Regierung geduldet.

Die jetzt endlich nach 8 Jahren geplanten Wohnungsneubauten für die Besatzung zur Freimachung beschlagnahmten Privatbesitzes hätten seit Jahren stehen können, wenn unsere langjährigen diesbezüglichen Forderungen in Regierungskreisen auch nur einmal ernstlich Gehör gefunden hätten. Stattdessen sind für andere, oft zweifelhafte Zwecke Milliarden hinausgeworfen worden.

Wir weisen heute nochmals darauf hin,

1. daß 3,5 Millionen deutscher Bürger durch die Besatzungsmacht aus ihren Heimen vertrieben wurden und - bis auf wenige Ausnahmen - ihre gesamte Habe verloren.
2. daß bisher für diese 3,5 Millionen unschuldig in Not geratenen Menschen seitens der Bundesregierung <sup>nichts</sup> getan wurde, das ihnen die berechtigte Hoffnung auf eine alsbaldige Rückkehr in ihr beschlagnahmtes Eigentum gibt, wie es durch einen forcierten Wohnungsbau für die Besatzungsmacht möglich wäre.
3. daß die Entschädigung für die zum größten Teil zerstörten und gestohlenen Möbel und Kunstgegenstände sowie für die im Laufe der Jahre völlig verwahrlosten Gärten eine viel zu geringe ist, sofern überhaupt eine Entschädigung gezahlt wird.
4. daß allein im hiesigen Bezirk bereits Hunderte von alten Leuten an Gram und Kummer über dieses von der Regierung seit Jahren geduldete Unrecht verstorben sind, und die Mehrzahl der übrigen Betroffenen noch heute in den unwürdigsten Wohnverhältnissen ihr Dasein fristen muß.
5. daß dieses Unrecht auch nach Unterzeichnung der deutsch-alliierten Verträge kein Ende finden soll.
6. daß wir uns auf die seit Jahren üblichen leeren Versprechungen alliierter und deutscher Behörden nicht mehr länger einlassen werden, vielmehr müssen wir ganz entschieden eine umgehende, grundsätzliche Regelung des Besatzungsgeschädigten-Problems verlangen. Es ist hierbei ein verbindlicher Termin zu benennen, bis zu dem die Freigabe allen Privatbesitzes erfolgt sein muß!
7. daß wir bitten, auch die höchsten alliierten Dienststellen über diese unsere Auffassung von Recht und Unrecht, Gleichberechtigung und Lösung des Besatzungsgeschädigten-Problems nicht länger im Unklaren zu lassen.

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, vor dem Bundestag z.B. bezgl. der 3,5 Milliarden DM Wiedergutmachung an Israel als Rechtfertigung erklärten, dieses sei ein wesentlicher Schritt zu gesundem Rechtsempfinden unter den Völkern, so müssen wir Jungen und Mädchen der Besatzungsgeschädigten in aller Entschiedenheit fordern, daß umgehend das an unseren Eltern seit nunmehr 8 Jahren begangene Unrecht ein Ende findet.

Sollte jedoch unsere NER auf das Grundgesetz RECHT und auf die Haager Konvention von 1907 gestützte Forderung weiterhin kein Gehör finden, so besteht keine Gewähr mehr dafür, daß unsere seit langen Jahren schwer geprüfte Disziplin noch weiterhin aufrecht zu erhalten ist.

Auch müssen wir Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, bitten, Herrn Innenminister Dr. Meyers, Oberbürgermeister der Stadt Mönchen-Gladbach, schärfstens darauf hinzuweisen, daß seine Befehle zur Zwangsräumung zweier leerstehender, von den Besatzungsgeschädigten wieder bezogener Eigenheim im Raume Ostwestfalen-Lippe größte Antipathie gegen ihn und die Regierung hervorgerufen haben. Offenbar ist Herr Dr. Meyers Befehlsempfänger der Besatzungsmacht und als solcher bestrebt, sich durch unterwürfige Haltung MINISTER seiner für eigene Belange oder die seiner Freunde eine günstige Chance zu sichern, wie es erst kürzlich im Falle des Herrn Reg.-Präsidenten Dr. Galle, Detmold, geschehen ist und den Besatzungsgeschädigten Detmold von dem zuständigen britischen Residenten persönlich berichtet wurde.

Wir hoffen, daß NIEM Herr Dr. Meyers künftig zu einer "deutscheren" Einstellung finden wird und sich von derartigen zweifelhaften Befehlsausführungen distanziert.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, uns trotz Ihrer Arbeitüberlastung einen persönlichen Bescheid zukommen zu lassen.

mit vorzüglicher Hochachtung